

Erklärung der Kultusministerkonferenz zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes

(Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 03.03.2006)

Die Vereinten Nationen haben am 20. November 1989 das Übereinkommen über die Rechte des Kindes - die Kinderrechtskonvention – unterzeichnet. In der Bundesrepublik Deutschland ist sie nach der Zustimmung durch Bund und Länder am 4. April 1992 in Kraft getreten. Die Kinderrechtskonvention ist das erste Abkommen, das die internationale Anerkennung der Menschenrechte für Kinder festschreibt und verbindliche Mindeststandards zum Wohle von Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 18 Jahren definiert. Die Artikel 28 und 29 betreffen den zentralen Bereich der Bildung.

Auf ihrer Konferenz am 2./3. März 2006 in Berlin haben die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder das Übereinkommen gewürdigt und folgende Erklärung verabschiedet:

1. Die Kultusministerkonferenz bekennt sich ausdrücklich zu der Kinderrechtskonvention und dem darin festgeschriebenen Recht des Kindes auf Bildung, von dessen Verwirklichung die Zukunft des Einzelnen wie auch der Gesellschaft nicht unwesentlich abhängt. Im Übrigen schließt sie sich der Erklärung der Jugendministerkonferenz vom 25./26. Juni 1998 zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes an.
2. Die Kultusministerkonferenz spricht sich dafür aus, dass die Subjektstellung des Kindes und dessen allseitiger Entfaltungsanspruch in allen Schulstufen und –arten zu respektieren sind und Maßnahmen zur Förderung von Begabungsvielfalt sowie zur Vermeidung von sozialer Ausgrenzung verstärkt werden müssen.
3. Die Kultusministerkonferenz spricht sich dafür aus, dass die altersgerechte Berücksichtigung der Rechte des Kindes auf Schutz und Fürsorge sowie auf Partizipation essentiell für die Schulkultur ist.
4. Die Kultusministerkonferenz richtet ihr Bemühen darauf, das Recht des Kindes auf Bildung sowie auf Förderung durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten, weiter zu verbessern und vor allem dazu beizutragen, die Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss zu senken sowie Schulverweigerung zu verhindern. Dabei sind die Belange von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen wie von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund besonders zu beachten.
5. Die frühe kindliche Förderung zum Ausgleich von Bildungsbenachteiligung ist ein wesentliches Anliegen der Kultusministerkonferenz. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die im Mai 2004 gemeinsam mit der Jugendministerkonferenz verabschiedeten Empfehlungen „Gemeinsamer Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen“ und „Stärkung und Weiterentwicklung des Gesamtzusammenhangs von Bildung, Erziehung und Betreuung“.
6. Die Kultusministerkonferenz wird bei der Erarbeitung bzw. Überarbeitung einschlägiger Empfehlungen die Grundsätze der Kinderrechtskonvention in Zukunft in besonderer Weise berücksichtigen.

7. Die Kultusministerkonferenz stellt unter Hinweis auf die „Empfehlung zur Förderung der Menschenrechtserziehung in der Schule“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 04.12.1980 i.d.F. vom 14.12.2000) fest, dass die Vermittlung von unveräußerlichen Rechten und essentiellen Werten wie Menschenwürde, Toleranz, Freiheit, Selbstbestimmung und Schutz vor Gewalt nach den schulrechtlichen Regelungen der Länder sowohl allgemeine Aufgabe von Schule und Unterricht als auch spezifische Aufgabe der dafür relevanten Fächer ist.
8. Die Kultusministerinnen und Kultusminister werden ihre Schulen in geeigneter Form darüber informieren, dass das Deutsche Institut für Menschenrechte Berlin und die Bundeszentrale für politische Bildung den Schulen für die schulische und unterrichtliche Umsetzung der Menschenrechts- und Kinderrechtsbildung das vom Europarat erarbeitete und anlässlich des Europäischen Jahres der Demokratieerziehung 2005 ins Deutsche übersetzte Handbuch „Kompass - ein Handbuch zur Menschenrechtsbildung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit“ auf Anfrage zur Verfügung stellen.
9. Die Kultusministerinnen und Kultusminister werden ihre Schulen in geeigneter Form darüber informieren, dass das Deutsche Institut für Menschenrechte anlässlich des „UN-Weltprogramms für Menschenrechtsbildung“ „Bildungsstandards der Menschenrechtsbildung“ erarbeitet hat, die den Schulen ebenfalls kostenlos zur Verfügung gestellt werden können.